



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

E/XV/271 - 29. November 1960

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 21831-33
Fernschreiber 0886890

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1 - 2 Mit der SPD in eine bessere Zukunft: 86

Leistung und Erfahrung

Von Dr. Georg-August Zinn,
Ministerpräsident des Bundeslandes Hessen
und Mitglied der SPD-Mannschaft

3 - 4 Moskauer Morgengaben 86

Zum finnisch-russischen Verhältnis

Von unserem Korrespondenten in Skandinavien, Adolph Rasten

5 Gute Kontakte und ernste Probleme 37

Der Zentralrat der Juden in Deutschland tagte in Berlin

6 Einzige Lösung: Papierkorb 20

Zur Kritik der Vertriebenen und des DGB an Schröder

6 Verdiente Ehrung 26

Oberbürgermeister Heinrich Thöne,
Ehrenbürger der Stadt Kühlehn/Ruhr

* * * *
* * *

Zur Beachtung: In unserer Mittwoch-Ausgabe veröffentlichen wir den
Artikel des Mitgliedes der SPD-Mannschaft:
Dr. Alex Möller

Leistung und Erfahrung

Von Dr. Georg-August Zinn

Ministerpräsident des Bundeslandes Hessen
und Mitglied der SPD-Mannschaft

Die Sozialdemokratische Partei ist seit 1946 führende Regierungspartei in Hessen. Seit nunmehr 14 Jahren stellt sie den Chef der Landesregierung, den Hessischen Ministerpräsidenten. Sie trägt ein Übergrosses Mass an Verantwortung für die Regierungspolitik im Lande Hessen.

In Hessen ist seit dieser Zeit in Stadt und Land eine vorbildliche Aufbauarbeit geleistet worden. Besucher aus dem In- und Ausland, Politiker, Kommunalpolitiker und Diplomaten finden auf den zahlreichen Besichtigungsfahrten Worte höchster Anerkennung über die Aufbaufolge. Auch die Bevölkerung des Landes Hessen erkennt die Leistungen der Sozialdemokraten in Regierung und Parlament, aber auch in den Kreisen, Städten und Gemeinden des Hessenlandes an, denn die Stimmzahl der Sozialdemokratischen Partei steigt bei den Landtags- und Kommunalwahlen von Wahl zu Wahl. Die Sozialdemokratische Partei ist deshalb heute im ganzen Land Hessen fest verankert.

Ich selbst stehe seit 10 Jahren an der Spitze der Hessischen Landesregierung. Ich habe den ehrenvollen Ruf meiner Partei, Mitglied der "Sozialdemokratischen Mannschaft" zu sein, angenommen, weil ich davon überzeugt bin, dass ich - mit meinen grossen Erfahrungen - einen konstruktiven Beitrag für die Neugestaltung der Demokratie in Deutschland leisten kann. Wir hier in Hessen haben - so glaube ich - eine entscheidende Vorarbeit für die Festigung der Demokratie geleistet.

Die Regierung Hessens hat seit Jahren systematisch, und unter Berücksichtigung aller entscheidenden ökonomischen und wirtschaftlichen Gegebenheiten, das grosse Werk des Ausgleichs zwischen Stadt und Land in Angriff genommen.

Die Ansiedlung von Klein- und Mittelindustrie, aber auch von Zweigbetrieben weltbekannter Firmen in bisher rein ländlichen Gebieten hat wesentlich zur Strukturverbesserung weiter Teile unseres Landes, die früher zu den sogenannten förderungsbedürftigen Gebieten gehörten, beigetragen. Die jüngste Stadt Hessens, Allendorf bei Marburg, ist zu einem Begriff einer fortschrittlichen Wirtschaftspolitik geworden. Allendorf, das früher eine rein ländliche Gemeinde war, weist heute 8 000 krisenfeste Arbeitsplätze in zahlreichen Industriebetrieben auf.

Gemeinsam mit den Landesverkehrsverbänden haben wir in Hessen landwirtschaftlich reizvolle Gebiete für den Fremdenverkehr erschlossen, indem wir den Gemeinden und ihrer Bevölkerung Mittel für den Ausbau der Gaststätten und Übernachtungsmöglichkeiten, aber auch

für die Anlage neuer Wanderwege, Schwimmbäder und anderer Einrichtungen zur Verfügung gestellt haben. Die Zahl der Übernachtungen hat sich in Hessen in den letzten 10 Jahren verdreifacht. Sie ist im Gegensatz zu anderen Bundesländern auch in diesem Jahr - trotz des regnerischen Wetters - weiter gestiegen.

Die Hessische Landwirtschaft soll durch gezielte Massnahmen, die vor allem der Verbesserung der Agrarstruktur dienen, in die Lage versetzt werden, rationeller und ertragreicher zu arbeiten, um bei der Einführung des Europäischen Marktes konkurrenzfähig zu sein.

Die Grossraumplanungen mit der Flurbereinigung, der Neusiedlung und der Aussiedlung älterer Gehöfte aus ihrer neengten Dorflage sind zu einem Anziehungspunkt für in- und ausländische Besucher geworden. Die technische Aufrüstung des Dorfes, die innerhalb von vier Jahren zur Gründung von 4.000 Maschinengemeinschaften geführt hat, ist ein Beweis für das Vertrauen, mit der die hessischen Bauern und Landwirte die Pläne der Hessischen Landesregierung aufgreifen. Dieses Vertrauen der Bauern findet seinen Niederschlag in den Wahlergebnissen der letzten sechs Jahre, denn die SPD hat gerade in den ländlichen Kreisen einen immer stärkeren Stimmenzuwachs zu verzeichnen.

Im Lande Hessen, wo sofort nach dem Zusammenbruch hunderttausende von Heimatvertriebenen aufgenommen wurden, konnten in enger Zusammenarbeit von Stadt und Land die vielfältigen Probleme der Eingliederung unserer Landsleute aus den Ortsgebieten ihrer Lösung entgegengeführt werden.

Hessen ist das Bundesland, das als erstes die Schranken der Bildungsprivilegien niederlegte und den Begabten - ohne Unterschied ihrer Herkunft und der finanziellen Möglichkeiten des Elternhauses - den Weg zur vollen Entfaltung ihrer Fähigkeiten öffnete. Die Verbesserung des Schulwesens in Stadt und Land und die verstärkte Förderung der Wissenschaft und Forschung gehört zu den vordringlichen Aufgaben. Das fortschrittliche Lehrerbildungsgesetz, das die Einrichtung von Hochschulen für Erziehung bestimmt, die Bildungspläne an den allgemeinbildenden Schulen, das sind nur einige Beispiele aus dem Bereich der hessischen Kulturpolitik.

Das Verhältnis der Landesregierung zu den Kirchen aller Konfessionen ist gut. Wir haben frühzeitig damit begonnen, zwischen politischen Parteien und Konfessionen eine feste Brücke des Verständnisses zu schlagen. Wir können sagen, dass diese unsere Leistung von dem Übergrossen Teil der Bevölkerung Hessens anerkannt wird. Rechts- und Linksradikalismus aber auch Intoleranz finden in unserem Hessenland keinen Boden.

Die Summe der Erfahrungen, die heute als Ergebnis eines seit Jahren von Sozialdemokraten regierten Landes vorliegt, soll von mir in die Mannschaft der SPD eingebracht werden. Ich bin sicher, dass diese Erfahrungen auch in einer sozialdemokratischen Bundesregierung nutzbringend für das Ganze eingesetzt werden.

* * *

In unserer Mittwoch-Ausgabe veröffentlichen wir den Artikel des Mitgliedes der SPD-Mannschaft

Dr. Alex Möller.

Moskauer Morgengaben

Von unserem Korrespondenten in Skandinavien, Rudolph Rasten

Die Neutralitätspolitik Finnlands hat sich gelohnt. Zu dieser Feststellung kommt die finnische Öffentlichkeit bei der Beurteilung der positiven Ergebnisse, die Präsident Urho Kekkonen von seinen Besprechungen in Moskau mit nach Helsinki gebracht hat. Auch in den übrigen nordischen Ländern reagiert man mit Zufriedenheit und Erleichterung auf die entgegenkommende Haltung Moskaus in den finnisch-sowjetischen Handelsgesprächen und die augenscheinlich weitgehende Zusicherungen von Chruschtschow hinsichtlich Finnlands Anschluss an die "äussere Freihandelsgruppe" EFTA. Der offiziellen finnischen Verlautbarungen zufolge, sollte nichts mehr im Wege stehen für eine baldige Aufnahme Finnlands als assoziierter Mitgliedsstaat in der EFTA, und aus der sieben könnte sich dann in Kürze die acht ergeben - oder vielleicht doch nur sieben einhalb? Das wird davon abhängen, in wie weit das Verlangen Moskaus nach der Meistbegünstigung für Einfuhrwaren aus der Sowjetunion in Finnland mit den Zollbestimmungen der EFTA-Gruppe in Einklang gebracht werden kann. Neue und diesmal sehr konkrete Verhandlungen zwischen der finnischen Regierung und der EFTA-Organisation stehen unmittelbar bevor.

Es hat sich in der Tat in den letzten Jahren gezeigt, dass Besprechungen zwischen Finnland und Moskau, sei es politische oder wirtschaftliche, weitgehend besser und befriedigender verlaufen sind als in Helsinki aus alter Gewohnheit vielfach erwartet oder befürchtet wurde. Auch bei den jetzt abgeschlossenen Gesprächen haben die Männer im Kremel dem finnischen Staatspräsidenten einige "Morgengaben" auf der Rückreise mitgegeben. So wurde, trotz einer allgemeinen Steigerung des finnisch-sowjetischen Handelsverkehrs auf 7-8 Prozent, vereinbart, dass die Getreideeinfuhr aus der Sowjetunion nach Finnland für 1961 von 310 000 Tonnen auf 200 000 gesenkt werden soll. Das war einer der schwierigsten Fragen während der Verhandlungen in Moskau, weil Finnland dieses Jahr eine aussergewöhnlich grosse Getreideernte hatte und im laufenden Fünfjahresabkommen zu obenerwähnten Einfuhrmengen verpflichtet war. Was ein eben so empfindliches Problem, die Einfuhr von sowjetischen Automobilen nach Finnland, betrifft, wird die Zahl der Sowjetautos allerdings heraufgesetzt werden, aber sie beträgt weiterhin nur ungefähr ein Fünftel der gesamten finnischen Wagensinfuhr. Diese Frage hat Bedeutung in Anbetracht der Zollsenkungen für Autos aus dem EFTA-Ländern England und Schweden, wenn Finnland sich der Siebenergruppe anschliesst.

Eine "Morgengabe" war es auch, dass Moskau nach jahrelangen Hin und Her nunmehr Finnland den Saimakanal für 50 Jahre in Pacht

überlassen hat. Der Saimakanal war früher einer der wichtigsten Kommunikationsverbindungen Finnlands und diente dem Verkehr mit Holzrohwaren aus dem östlichen Waldbinnenland nach Viborg und den baltischen und ostseedeutschen Häfen. 1944 musste Finnland nach dem verlorenen Krieg die Stadt Viborg sowie Ostkarelien an die Sowjetunion abgeben, und der Kanal, von dessen 56 Kilometer langer Strecke 30 Kilometer jetzt auf sowjetrussischem Boden liegen, ist indessen völlig verödet und braucht eine kostspielige Ausbesserung und Erweiterung, um wieder wirtschaftlich lohnend zu werden. Die Russen haben angeboten, behilflich zu sein bei einer industriellen Neuentwicklung in den ostfinnischen Gebieten um den Kanal herum. Es besteht auf finnischer Seite die Absicht, einen neuen grossindustriellen "Ostraum" auszubauen und den Kanal fahrbar zu machen für Ostschiffe bis zu 1000 Tonnen.

Für die Position Kekkonens bedeuten die günstigen finnisch-sowjetischen Vereinbarungen eine erhöhte Stärkung. Kekkonen kommt aus der Agrarpartei und ist fünfmal Ministerpräsident in der finnischen Nachkriegszeit gewesen, bevor er 1956 zum Nachfolger des verstorbenen Staatspräsidenten Paasikivi gewählt wurde. Schon vor und während des zweiten Weltkrieges befürwortete er eine Neutralitätspolitik, die Finnland ausserhalb der Machtblöcke stellen, aber zugleich das Land in eine realistische Zusammenarbeit mit den mächtigen östlichen Nachbarn bringen sollte. Realistisch, aber keineswegs demütig oder wedelnd ist seine Haltung gegenüber Moskau. Sein politisches Kunststück ist es, den finnischen Kommunisten, die immerhin grösste Partei Finnlands, aus jeder Regierungskoalition fernzuhalten und trotzdem das Vertrauen Moskaus zu gewinnen und vertiefen. Der Beistands- und Freundschaftsvertrag, der 1948 zwischen Paasikivi und Stalin abgeschlossen und mit grosser Mehrheit von der finnischen Riksdag ratifiziert wurde, ist und bleibt oberstes Gesetz für Finnlands Aussenpolitik. Die Finnen haben sorgfältig jedes noch so schmerzliche Jota in den Kriegsschadensersatzvertrag erfüllt, und sie haben über 400 000 finnische Flüchtlinge - zehn Prozent der Bevölkerung - aus den verlorenen Ostgebieten, neu angesiedelt und dabei enorme sachliche und menschliche Leistungen bewältigt. Das hat in der ganzen Welt, aber auch und vielleicht besonders in Moskau grossen Respekt hervorgerufen.

Man darf annehmen, dass Chruschtschows Verständigungspolitik gegenüber Kekkonen auch eine weitere Adresse hat. Nach seinen Drohungen und scharfen Warnungsnoten an die NATO-Staaten Dänemark und Norwegen möchte er mit diesem Beispiel der Sanftheit gleichzeitig einen günstigen Eindruck auf die Regierungen in Kopenhagen, Oslo und Stockholm erwecken. Es würde nicht überraschen, wenn er seine für das Vorjahr angekündigten und plötzlich unter brüskierenden Formen abgesagten Besuche in den skandinavischen Hauptstädten jetzt nachholen wird.

Gute Kontakte und ernste Probleme

HGS - Zehn Jahre sind ins Land gegangen, seit in Frankfurt der Zentralrat der Juden in Deutschland als oberste zentrale Vertretung der damals 20 000 jüdischen Menschen gegründet wurde, die von einer halben Million, welche 1933 in Deutschland lebten, übrig geblieben war. Inzwischen sind es durch Rückwanderung aus der Emigration fast 30 000 Juden in Deutschland, wovon 6100 in Berlin wohnen, die sich durch den Zentralrat in Düsseldorf vertreten lassen.

Dieser Rat, dessen geschäftsführender Direktor seit Jahren der Berliner Vorsitzende Heinz Galinski ist, hat durch die Initiative seines Generalsekretärs, des hochverdienten Dr. H.G. von Daz und die Bemühungen seiner Ratsmitglieder wertvolle Arbeit auf dem Gebiete des Entschädigungs- und Wiedergutmachungsrechtes, in den Fragen des Schutzes der jüdischen Gemeinschaft, in den Problemen der Wiedereingliederung jüdischer Menschen ins gesellschaftspolitische Leben, beim Aufbau und der Koordinierung der jüdischen Gemeinden und Landesverbänden geleistet. Neue jüdische Bauten wurden errichtet, Friedhöfe und Gedenkstätten wiederhergestellt oder neuerrichtet.

Aber es genügt dem Rat, der jetzt erstmals zu seiner Jubiläumssitzung in repräsentativer Form in Berlin tagt, nicht, wie Heinz Galinski anlässlich der Eröffnung sagte, neue Bauten zu errichten und eine glänzende Fassade neuen jüdischen Lebens zu zeigen, es geht ihm nunmehr verstärkt um die jüdischen Werte und die Bewahrung von jüdischen Inhalten in Kultur und Erziehung, wie sie sich als wertbeständig erwiesen.

Übrigens sprachen in der eindrucksvollen Berliner Festsetzung der Rabbiner Dr. Bloch, Dr. H.G. von Dam, der einen Rechenschaftsbericht über die "Probleme der Normalisierung" gab, die altverdiente Jeanette Wolff, Bundestagsabgeordnete (SPD) und Vorsitzende des ersten Ratstages in Berlin, sowie von nichtjüdischer Seite Bundesminister Lemmer und Innensenator Lipschitz, die sich beide auf ihre Weise bemühten, die Vertrauensbasis zu verbreitern und jüdischen Menschen wieder ganz zu voller Beteiligung als deutschen Staatsbürger im Aufbau der Demokratie zu gewinnen. So wertete Lipschitz die Tagung in Berlin als ein Bekenntnis zur deutschen Hauptstadt. Er wies auf den hochherzigen Geist gerade der Stadt Berlin während des Dritten Reiches hin, da diese Stadt ein besonders hohen Blutzoll entrichtet habe. Die Berliner Zentralratssitzung ist eine der grossen Hoffnungen auf die Sicherung des demokratischen Denkens im neuen deutschen Staat gewesen. Denn wer die Minderheiten achtet, achtet sich selbst und sichert den Staat und den Menschen. + + + - 6 -

Einzigste Lösung: Papierkorb

sp- Der von Bundesinnenminister ausgearbeitete Gesetzentwurf über Ein- und Ausreisegeschänkungen findet immer mehr Kritiker. Nun haben auch der "Bund der Vertriebenen" und der Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Willi Richter, in aller Öffentlichkeit schwerwiegende Bedenken gegen diesen Gesetzentwurf geäußert. Schröder wäre gut beraten, die erheblichen Einwände nicht auf die leichte Schulter zu nehmen. Beide Organisationen mit ihren vielen Millionen Mitgliedern stehen gewiss nicht im Verdacht, die kommunistische Agententätigkeit begünstigen zu wollen. Beide Organisationen gehen rigoros gegen kommunistische Spitzel vor. Wenn dennoch das Schröder'sche Vorhaben bei ihnen auf Ablehnung stößt, so hat das schon seine Gründe. Ihr Haupteinwand ist, dass durch diesen Gesetzentwurf, würde er verwirklicht werden, der innerdeutsche Personenverkehr fast zum völligen Erliegen käme. Ausserdem gäbe er Herrn Ulbricht die willkommene Handhabe, den noch anlaufenden Flüchtlingsstrom nach dem Westen zum Versiegen zu bringen. Damit würde für viele Tausende der einzige noch vorhandene Fluchtweg abgeschnitten. Gerade in diesen Vorweihnachtstagen erleben wir grossartige Solidaritätshandlungen zwischen den Menschen von hien und drüben. Noch niemals war die Zahl der Weihnachtspakete so gross wie in diesem Jahr. Auch das sollte der Bundesinnenminister sehen und seinen Gesetzentwurf dorthin befördern, wohin er gehört: in den Papierkorb

* * *

Verdiente Ehrung

A.K.- Der Rat der Stadt Mülheim/Ruhr hat am Montag dieser Woche Oberbürgermeister Heinrich Thöne zum Ehrenbürger ernannt; am gleichen Tage konnte er seinen 70. Geburtstag begehen. Mit dieser Ehrung erhält das verdienstvolle Wirken Heinrich Thönes seine besondere Anerkennung.

In Bocholt geboren, erlernte Thöne den Formerberuf und kam im Jahre 1913 nach Mülheim/Ruhr, wo er bei der Friedrich-Wilhelm-Hütte, den jetzigen Eisenwerken Mülheim-Weiderich, tätig war. Schon mit 17 Jahren schloss er sich den Freien Gewerkschaften an und wurde wenig später Mitglied der Sozialdemokratischen Partei. Recht bald wählte ihn die Belegschaft des Werkes zu ihrem Betriebsratsvorsitzenden.

Sein kommunales Wirken begann im Jahre 1929 als Stadtverordneter. Im Jahre 1933 wurde diese Tätigkeit durch die nationalsozialistische Gewaltherrschaft unterbrochen; von ihren Verfolgungen blieb auch Thöne nicht verschont. Nach dem Zusammenbruch im Jahre 1945 stellte sich Heinrich Thöne sofort wieder für den Wiederaufbau seiner durch den Krieg stark zerstörten Stadt zur Verfügung. Seit 1946 gehört er deren Stadtvertretung ununterbrochen bis heute an. 1948 wurde er zum erstmaligen zum Oberbürgermeister der Stadt Mülheim/Ruhr gewählt und seither bei jeder Wahl immer wieder als Stadtoberhaupt bestätigt.

Seinen Anregungen und seiner Schaffenskraft verdankt die Stadt Mülheim viele ihrer Wiederaufbau- und Neubauleistungen, die heute das Bild der Stadt als ein modernes und fortschrittliches Gemeinwesen prägen. Hinzu kommt die persönliche Hilfsbereitschaft, mit der Heinrich Thöne das Vertrauen seiner Mitbürger, weit über den Kreis seiner politischen Freunde hinaus, erworben hat. Ein hervorragender sozialdemokratischer Kommunalpolitiker kann auf ein stolzes Lebenswerk zurückblicken.

* * *

Verantwortlich: Günter Markscheffel